

Schule ist ein wichtiger Standortfaktor

Sylvia Löhrmann, Ministerin für Schule und Weiterbildung des Landes Nordrhein-Westfalen, über die Vorzüge der Sekundarschule, das Prinzip „Kurze Beine, kurze Wege“ und die Bedeutung von Bildungseinrichtungen für die Entwicklung ländlicher Räume.

Zum aktuellen Schuljahr 2012/2013 sind in NRW erstmals die neu gegründeten Sekundarschulen an den Start gegangen. Welche Erwartungen haben Sie an die Sekundarschulen?

Löhrmann: Die Sekundarschule ist eine Schule der Zukunft. Ihr Grundstein wurde gelegt mit dem Schulkonsens, auf den sich letzten Sommer die Parteien CDU, SPD und Bündnis 90/DIE GRÜNEN geeinigt haben. Damit haben wir einen jahrzehntelangen Streit beendet.

Die Sekundarschule ist eine Schule des längeren gemeinsamen Lernens. Sie hält die Bildungswege länger offen, was dem Wunsch vieler Eltern entspricht und Druck von den Schülerinnen und Schülern nimmt. Sekundarschulen geben allen Kindern und Jugendlichen die gleichen Chancen und werden allen Talenten gerecht. Sie sind eine Antwort auf die bildungspolitischen Herausforderungen, vor denen Schulen und Kommunen heute stehen.

Wie sind die bisherigen Erfahrungen?

Löhrmann: Bei meinen Schulbesuchen habe ich vor Ort eine große Aufbruchstimmung aller Beteiligten erlebt.

Bietet die Sekundarschule Vorteile für ländliche Standorte?

Löhrmann: Die demografische Entwicklung und damit die sinkenden Schülerzahlen machen sich besonders auf dem Land bemerkbar. Die Sekundarschule bietet den Kommunen die Möglichkeit, ein umfassendes und wohnortnahes Schulangebot zu sichern. Das ist wichtig für die örtliche Wirtschaft und für die Familien. Die Kommunen ergreifen diese Chance gerne und haben sich rege auf den Weg gemacht, das Schulangebot zukunftsgerecht zu gestalten. Die Sekundarschule umfasst die Jahrgänge fünf bis zehn. Schülerinnen und Schüler werden dort sowohl auf eine berufliche Ausbildung als auch auf die Hochschulreife vorbereitet.

Die Sekundarschule stellt besondere Anforderungen an die Lehrkräfte. Wie werden die Lehrer darauf vorbereitet?

Löhrmann: Wir haben in allen Regierungsbezirken regionale Kompetenzteams, die für die Fortbildung zuständig sind und den Schulen als Ansprechpartner dienen. Zugeschnitten auf die neuen Sekundarschulen gab es bereits Fortbildungsangebote zu Themen wie Gemeinsamer Unterricht, kooperative Lernformen und Leistungsbewertung in heterogenen Lerngruppen. Die Fortbildungen werden dem jeweiligen Bedarf entsprechend auch im aktuellen Schuljahr fortgesetzt. Zusätzlich gibt es für Schulleiterinnen und Schulleiter supervisorische Unterstützungen. Für eine nachhaltige Begleitung der Lehrkräfte an Sekundarschulen stehen in den Kompetenzteams zudem Schulentwicklungsberaterinnen und -berater zur Verfügung.

Die Bevölkerungsentwicklung stellt die schulische Ausbildung in den besonders betroffenen strukturschwachen Gebieten vor große Herausforderungen. Wie reagiert die Landesregierung auf den demografischen Wandel und den Rückgang der Schülerzahlen vor allem in ländlichen Räumen?

Löhrmann: Die Frage des demografischen Wandels war nicht nur einer der leitenden Gedanken bei der Errichtung der Sekundarschulen, sondern auch bei der jüngsten Schulrechtsänderung zur Sicherung eines qualitativ hochwertigen und wohnungsnahen Grundschulangebots. Die neuen Regelungen für Grundschulen tragen dem Prinzip „Kurze Beine – Kurze Wege“ Rechnung. So wird künftig die einzige Grundschule einer Gemeinde besonderen Schutz erhalten, was gerade für den ländlichen Raum von Bedeutung ist. Schulen, die unter die neue Mindestgröße von 92 Schülerinnen und Schülern fallen, können als Teilstandort mit einer Mindestgröße von 46 Schülerinnen und Schülern weiter geführt werden. Zudem werden die Klassengrößen schrittweise abgesenkt. Allein in dieses Konzept investieren wir 1 700 Lehrerstellen.

Wie beurteilen Sie die Chancen für eine Renaissance der alten Dorfschule?

Löhrmann: Aus der Perspektive heutiger Schulentwicklungsplanung und pädagogischer Konzepte ist eine Rückkehr zu einer Dorfschule, wie es sie früher gab, nicht denkbar. Mit unserem neuen Grundschulgesetz können aber viele kleine Grundschulstandorte erhalten bleiben. Oberste Priorität



Sylvia Löhrmann ist seit dem 15. Juli 2010 Ministerin für Schule und Weiterbildung des Landes NRW sowie stellvertretende Ministerpräsidentin. Von 1998 bis 2000 war die 55-jährige Lehrerin Parlamentarische Geschäftsführerin der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN im NRW-Parlament, seit November 1999 auch Fraktionssprecherin. Von 2000 bis 2010 hatte sie den Vorsitz der Landtagsfraktion von Bündnis 90/DIE GRÜNEN inne.

hat dabei allerdings immer, dass die Qualität des Bildungsangebots nicht auf der Strecke bleibt. Dorfschulen waren häufig Kristallisationspunkte des Ortslebens, das war ein positiver Aspekt. Das kann in manchen Regionen auch für die heutigen Grundschulen gelten. In ihnen spiegelt sich ein funktionierendes Dorfleben.

Wird die Landesregierung die gegenwärtigen Schulstandorte trotz rückläufiger Schülerzahlen in vielen Regionen erhalten?

Löhrmann: Auf Landesebene wird durch Schulgesetzgebung der Rahmen abgesteckt, insofern schließt die Landesregierung keine Schulen. Schulentwicklungsplanung ist seit Jahren die Aufgabe der Kommunen als Schulträger. Sie entscheiden darüber, wie das kommunale Schulangebot vor Ort aussieht. Um den Bedarf zu ermitteln, werden Elternbefragungen durchgeführt. Das Land gibt den gesetzlichen Rahmen vor, in dem sich die Kommunen bewegen können, und natürlich führt der demografische Wandel zu Anpassungen. Die konkrete Entscheidung, ob und welcher Schulstandort ggf. geschlossen wird oder erhalten bleibt, oder welche Schulen zusammengeführt werden, wird vor Ort getroffen.

Welche Alternativen zu Schulschließungen gibt es?

Löhrmann: Wenn Schulen auslaufen, ist das Ausdruck zurückgehender Schülerzahlen und auch des Elternwillens. Ich betone noch einmal: Von Landesseite schließen wir keine Schulen und schaffen auch keine Schulformen ab. Die Gründung von Sekundarschulen ist Ergebnis der kommunalen Schulentwicklungsplanung auf Grundlage von Elternbefragungen. Dort, wo Sekundarschulen gewünscht und dann errichtet wurden, laufen in der Regel Real- und Hauptschulen aus. An anderen Standorten wurden neue Gesamtschulen, ebenfalls eine Schulform des längeren

gemeinsamen Lernens, gegründet. Zum aktuellen Schuljahr haben 20 neue Gesamtschulen ihre Türen geöffnet.

Welche Bedeutung messen Sie schulischen Einrichtungen für die Entwicklung von Kommunen und Regionen bei?

Löhrmann: Schulen sind für die Gemeinden und Städte ein wichtiger Standortfaktor. Für junge Familien kommt es beispielsweise ganz entscheidend darauf an, dass es in unmittelbarer Nähe eine Grundschule gibt. Als Landesregierung haben wir dies im Blick. Das Schulgesetz bietet den Kommunen die Möglichkeit, kleine Grundschulstandorte zu erhalten. Wir müssen aber gleichzeitig auch den Qualitätsaspekt und die Kostenfrage bedenken. Wenn eine Schule eine bestimmte Mindestgröße unterschreitet, geht das zu Lasten der Unterrichtsqualität und die Kosten steigen unverhältnismäßig. In NRW haben wir einen guten Kompromiss gefunden, der Wohnungsnähe, Qualität und Kosten gleichermaßen berücksichtigt.

Ländliche Regionen sind in der Regel weniger attraktiv für junge Lehrerinnen und Lehrer als Städte. Was tun Sie, um junge und motivierte Lehrer und Lehrerinnen für Schulen auf dem Lande zu gewinnen?

Löhrmann: Seit zwei Jahren können Schulen in ländlichen Regionen bei der Lehrereinstellung an einem vorgezogenen Listenverfahren teilnehmen. Das verbessert ihre Chancen. Dieses Angebot wird gut angenommen und hat sich als erfolgreich erwiesen.

Schüler aus städtischen und ländlichen Gebieten haben oftmals ungleiche Voraussetzungen, nicht zuletzt, weil das schulische und außerschulische Bildungsangebot in Städten größer ist. Teilen Sie die Einschätzung?

Löhrmann: Nordrhein-Westfalen ist ein vielfältiges Land. Die verschiedenen Landesteile und Regionen zeichnen sich durch ihre je eigenen Stärken und Besonderheiten aus. Ebenso vielfältig sind unsere Schulen. Wir regen die Schulen an, ihre eigenen Profile zu bilden und Schwerpunkte zu setzen. Dessen ungeachtet gilt aber: In ganz Nordrhein-Westfalen wird nach den gleichen Lehrplänen und Richtlinien unterrichtet und gelernt. Die Standards z. B. für die zentralen Abschlussprüfungen sind überall die gleichen. So sichern wir die Gleichwertigkeit der Abschlüsse.

In Teilen des Bundesgebiets erleben Privatschulen einen Aufschwung. Wie ist die Situation in Nordrhein-Westfalen?

Löhrmann: Der Anstieg der Zahl der Privatschulen fällt geringer aus, als die öffentliche und mediale Beachtung vermuten lässt. 2005 besuchten 7 % der Schülerinnen und Schüler in Nordrhein-Westfalen eine private Ersatzschule, 2011 waren es 0,87 % mehr.

Wie bewerten Sie die Initiativen?

Löhrmann: Die Landesregierung legt Wert auf Vielfalt im Schulsystem. Schulen in privater Trägerschaft sind Bestandteil des öffentlichen Schulwesens, sie ergänzen und bereichern es. Sie können Impulsgeber für die Schulentwicklung sein. Das Grundgesetz und die Landesverfassung gewährleisten das Recht zur Errichtung privater Schulen. Entscheidend ist, dass auch die Privatschulen ihren Beitrag zu mehr Chancengleichheit, sozialer Gerechtigkeit und Inklusion leisten.

Unternehmen in ländlichen Räumen klagen über den zunehmenden Fachkräftemangel und wachsende Schwierigkeiten, junge Leute zu gewinnen. Kann Schule helfen?

Löhrmann: Die Schulen in NRW nehmen in allen Landesteilen die Aufgabe sehr ernst, Schülerinnen und Schüler zu guten Abschlüssen zu führen und sie auf den Übergang in ein Studium oder einen Beruf vorzubereiten. In diesem Schuljahr haben wir gemeinsam mit dem Arbeitsministerium den Startschuss für ein neues umfassendes Übergangssystem gegeben. Ziel ist, die Jugendliche durch Berufs- und Studienorientierung ab der achten Klasse gut auf den Übergang in eine Berufsausbildung oder ein Studium vorzubereiten. Unsere Devise ist: „Kein Abschluss ohne Anschluss“. Wir setzen dabei auf die Zusammenarbeit mit Partnern aus der Wirtschaft und den Kommunen, um Jugendlichen Praktika und Berufsfelderkundungen zu ermöglichen.

Wie stehen Sie zu der Forderung, mit der Ansiedlung und Förderung von Bildungseinrichtungen gezielt Regionalpolitik zu betreiben?

Löhrmann: Auch hier gilt: Eine gute Bildungsinfrastruktur ist ein nicht zu verkennender Standortfaktor, der zur Attraktivität von Kommunen beiträgt. Die Landesregierung hat den Kommunen die Möglichkeit geschaffen, ihre Bildungslandschaft zukunftsorientiert und nachhaltig zu gestalten. Wenn

es beispielsweise darum geht, Forschungs- und Innovationsstandorte zu etablieren, sind gute Schulen für Fachkräfte und ihre Familien ein wichtiger Grund, sich für einen Ort zu entscheiden.

Darüber hinaus fördern wir mit den regionalen Bildungsnetzwerken die systematische Zusammenarbeit von Land, Kommune und Zivilgesellschaft. In Nordrhein-Westfalen bestehen in nahezu allen Kreisen und kreisfreien Städten solche regionalen Bildungsnetzwerke.

Sie sind auch Ministerin für Weiterbildung. Welche Möglichkeiten sehen Sie für eine Verknüpfung von schulischer Bildung und Weiterbildung?

Löhrmann: Weiterbildung ist eine wichtige Aufgabe zur Verbesserung von Teilhabemöglichkeiten und sozialer Gerechtigkeit. Im Prozess des lebensbegleitenden Lernens kommt der Zusammenarbeit von Schule und Weiterbildungseinrichtungen eine wichtige Bedeutung zu. Von den ca. 450 gemeinwohlorientierten Weiterbildungseinrichtungen haben viele bereits langjährige Erfahrungen in der Zusammenarbeit. Unter dem Motto „Weiterbildung geht zur Schule“ unterstützen wir aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds Kooperationen zwischen Schulen und Weiterbildungseinrichtungen vor Ort. Gerade im offenen Ganztage, bei der Elternarbeit und beim Übergang von der Schule in den Beruf öffnen sich die Schulen für Angebote von Weiterbildungseinrichtungen und profitieren auch in anderen Bereichen von der Zusammenarbeit. Um diese Bildungspartnerschaften weiter zu stärken, haben wir uns zudem eine stärkere Einbindung von Weiterbildungseinrichtungen in die regionalen Bildungsnetzwerke vorgenommen.

Wie stehen Sie zu der Idee, Schulen als „Multifunktionshäuser“ anzulegen?

Löhrmann: Schule ist Lern- und Lebensraum zugleich. Wir unterstützen die Öffnung von Schulen. Gerade in Schulen mit Ganztagsangeboten erweitern sich die Kooperationen mit außerschulischen Partnern, z. B. Sportvereinen oder Musikschulen, aber auch der Wirtschaft, als fruchtbar.

Eine Chance könnte auch sein, ähnlich wie in einem Stadtteiltreff, unter einem Dach Schule, Jugendeinrichtungen, kulturelle Angebote und Beratungsstellen für Familien zu vereinen. Ein solches Haus für alle wäre dann auch generationenübergreifend und inklusiv. Das könnte ich mir gut vorstellen. ■ Rainer Münch